

## Weidenfeld moderierte „Europa-Gipfel“



Sichtlich entspannte Atmosphäre beim International Bertelsmann Forum im Auswärtigen Amt

Die harten Verhandlungen in Nizza um Stimmenmehrheiten und Veto-rechte hatten Spannungen produziert. Beim International Bertelsmann Forum in Berlin aber konnten die politischen Akteure – darunter sechs Staatspräsidenten und Regierungschefs sowie neun Außenminister – über das Tagesgeschäft hinausdenken und in konzentrierter Atmosphäre den großen Fragen nachgehen. „Fünf Wochen nach Nizza ist es an der Zeit, nach ordnenden Orientierungen, Konzeptionen und Denkmodellen zu suchen, wie die Europäer ihr Haus gestalten wollen“, sagte Professor

Werner Weidenfeld, Leiter der Tagung und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung. Im Welsaal des Auswärtigen Amtes waren fünfzig Spitzenpolitiker und Führungskräfte aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammengekommen, um über das Thesepapier des C·A·P zu beraten: „Das entgrenzte Europa - Strategien politischer Gestaltung“. Diskussionsteilnehmer waren unter anderem Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer, EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, der französische Außenminister Hubert Védrine, der spanische Ministerpräsident José Maria Aznar López, der litauische Präsident Valdas Adamkus, der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der EU-Beauftragte für



Professor Weidenfeld (r.) im Gespräch mit dem französischen Außenminister Védrine

Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana, Verteidigungsminister Rudolf

Fortsetzung auf Seite 3

### I N H A L T

C·A·Prolog	
Entgrenzungen	2

C·A·Programm	
Fortsetzung IBF	3
Russlandkonferenz im Auswärtigen Amt	4
Europa-Dialog mit Bundeskanzler Schröder	4
Kronberger Gespräche	5
Jahreskonferenz des Toleranznetzwerks	5
Trendbuch-Vorstellung	6
Virtuelles Seminar über den Kosovo-Konflikt	7
Jugendlichen die Osterweiterung vermitteln	8+9
Europapolitik in Israel	10

C·A·Panoptikum	
Politikwechsel durch Euro	11
Politik und Internet	11
Die Westintegration	11
Deutsch-jüdischer Dialog	12
Verstärkte Asienarbeit	12
Demokratie und Freiheit	13
Alumni-Treffen	14
Wie erzählt man Politik?	14

C·A·Publikationen	
Neuerscheinungen	15

C·A·Postskriptum	
Die dreifache Hypothek von Nizza	16

C·A·Planung	16
-------------	----

## Entgrenzungen ...

... kennzeichnen die konzeptionellen Herausforderungen für die europäische Politik der kommenden Jahre. Mit der Erweiterung nach Osten stößt die EU in mehrfacher Hinsicht in unbekanntes Terrain vor. Sie überschreitet die Grenzen des katholisch und protestantisch geprägten Europa, sie überwindet die alte Logik der Pufferzonen zwischen den zentraleuropäischen Mächten und Russland und sie wird in ihren Politikfeldern ein Maß

an Heterogenität unter den Mitgliedstaaten verarbeiten, das die Brüsseler Akteure bisher nicht kennen. Mit 28 Staaten wird – wie in Helsinki 1999 im Prinzip besprochen – die Türkei Mitglied sein und ihre schwierige Nachbarschaft von Syrien über Irak und Iran bis nach Armenien zum Gegenstand europäischer Politik machen. Zugleich stößt auch das Regierungssystem der erweiterten Union in Dimensionen vor, die jenseits der heutigen Erfahrungswerte liegen.

Mit dem Ergebnis von Nizza werden sich derartige Umwälzungen nicht produktiv umsetzen lassen – dieses



Wie lässt sich ein Europa mit 28 Mitgliedstaaten integrieren? Die Akteure aus West- und Osteuropa suchten beim Bertelsmann Forum im Welsaal des Auswärtigen Amtes nach Lösungen.

Manko wird in der europäischen Politik bereits in den Tagen nach dem Ende der letzten Regierungskonferenz spürbar. Das Internationale Bertelsmann Forum 2001 hat deshalb die Eckpunkte einer Integrationsstrategie für das Europa der 28 plus X auf die Tagesordnung gesetzt. Grundlage der Beratungen ist jeweils das am Centrum für angewandte Politikforschung erarbeitete Strategiepapier.

Die Debatten im Kreis der Akteure aus West- und Osteuropa haben dazu interessante Akzente gesetzt: Deutlich wurde, dass eines der strategischen Elemente die Bereitschaft und Fähigkeit der kommenden Mitglieder zur Weiterentwicklung des Integrationsrahmens sein wird. Bereits die notwendige nächste Etappe wird nicht mehr zu fünfzehnt entschieden werden. Deutlich wurde auch, dass der traditionelle Reflex vertiefter Integration nicht mehr ohne weiteres anwendbar sein wird – eine entsprechende Initiative des Bundeskanzlers traf auf wochenlanges Taktieren wichtiger Partner. Für alle Teilnehmer wurde deutlich, dass Qualitätsveränderungen in der Europapolitik anstehen: In der Vorbereitung auf die kommende Regierungskonferenz 2004 wird eine öffentliche Debatte unvermeidlich, die bisher immer wieder gefordert aber nie gefördert wurde; es wird der Entwurf eines vollständigen politischen Systems mit verfassungsvertraglicher Basis erforderlich, obgleich Konsens wie Kohärenz unter den Mitgliedstaaten eher abnehmen als wachsen und es wird sich noch mehr Flexibilität einstellen als der neue Vertrag von Nizza erlaubt.

Konzeptionell bleibt der Integrationsprozess so spannend wie in den Entscheidungsphasen des letzten Jahrhunderts – Thema und Herausforderung auch für die kommenden Bertelsmann Foren.

*Josef Janning*

*Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik*

Scharping, der ehemalige Außenminister der USA Henry Kissinger, der polnische Außenminister Bartoszewski und weitere Regierungschefs und Minister aus osteuropäischen Ländern.

Das International Bertelsmann Forum ist eine der profiliertesten Diskussionsrunden zu Europa, was sich auch in der Berichterstattung in über sechzig Tageszeitungen und zahlreichen Rundfunk- und Fernsehanstalten niedergeschlagen hat. Der Reiz des Forums liegt darin, dass alle Teilnehmer um einen großen runden Tisch versammelt sind und gleichberechtigt diskutieren können. Seit 1992 werden regelmäßig auch Vertreter der mittel- und osteuropäischen Staaten eingeladen. Damit soll den Teilnehmern bewusst werden, dass Debatten um Europa alle angehen, auch künftige potentielle EU-Mitglieder, und dass es nur ein gemeinsames Europa gibt.

Das Strategiepapier des C·A·P lieferte folgerichtig Diskussionsstoff über den Umgang mit den möglichen künftigen Grenzen Europas. Durch die Osterweiterung der EU und die Währungsunion erreicht Europa neue geographische und wirtschaftliche Grenzen. Durch den Post-Nizza-Prozess müssen die Grenzen der Souveränitätsabtretung ausgelotet werden. Wie sehr aber lässt sich eine erweiterte EU vertiefen? Vier Szenarien sind vorstellbar: Eine supranationale Union mit genau definierten Kompetenzen auf den verschiedenen Ebenen; eine Union, die vorallem auf dem gemeinsamen Wirtschaftsraum basiert; eine Union, deren Mitgliedsländer in verschiedenen Bereichen jeweils aufs neue nationale Kompetenzen abtreten; und ein Scheitern der weiteren Integration. Diese große Frage, wohin Europa steuern soll, muss geklärt werden – und zwar öffentlich. Das Strategiepapier schlägt vor, dass in diesem Jahr die Diskussion darüber beginnt und daran so viele Menschen wie möglich beteiligt werden. In den beiden darauffolgenden Jahren können die Ergebnisse und Zielvorstellungen dann zusammengetragen und auf einer Regierungskonferenz politisch umgesetzt werden. An diesem Prozess sollten auch die künftigen Mitglieder der EU teilhaben.

Bundeskanzler Schröder überraschte mit einem deutlichen Bekenntnis zur weiteren Integration. Im Weltsaal bezweifelte kaum jemand, dass das Beharren der Mitgliedstaaten auf nationalen Interessen beim Gipfel von Nizza dem Ziel, eine erweiterte Union funktionsfähig zu machen, nur wenig dienlich war. Der demonstrative Schritt Schröders auf dem Bertelsmann Forum sollte zeigen, dass der deutsch-französische Motor wieder läuft.



Liz Mohn und Professor Weidenfeld bei der Begrüßung der Gäste des IF



Sprachen über die transatlantische Dimension eines entgrenzten Europ  
Henry Kissinger (links), Werner Weidenfeld und Rudolf Scharping



Professor Weidenfeld erläuterte den Teilnehmern das Strategiepapier des C·A·P



Freute sich über die Rückendeckung zur Finalität Europas: Außenminister Joschka Fischer



Gespräch mit dem Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Solana

## Russland und der Westen

### Neues Profil



Präsident Wladimir Putin: Wie verändert er Russland? Welche Ideen stecken in ihm?

Mit der Konsolidierung der Regierung Putins zeigt Russland ein neues Profil. Anders als sein Vorgänger leitet Putin die Amtsgeschäfte aktiv, wobei er als eine Art autoritärer Modernisierer auftritt. Putin versucht, sich von einigen Oligarchen und von regionalen Verwaltungsleitern unabhängig zu machen, die seine Präsidentschaft einst protegieren. Wirtschaftlich wächst Russland erstmals wieder – nach über zehn Jahren Krise allerdings von einem sehr geringen Niveau aus. Spricht von wirtschaftlicher und politischer Seite einiges für die Verringerung der Krisen, fehlt es nach wie vor an der entsprechenden gesellschaftlichen Unterstützung. Es mehren sich gar Befürchtungen über Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten.

Die Veränderungen im politischen Führungsstil und in der politischen Ökonomie Russlands konfrontieren den Westen mit neuen Herausforderungen. Amerika, Deutschland und die EU spielen bei der Gestaltung der Beziehungen zu Russland eine Schlüsselrolle. Die Integration Russlands in die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen und in die Weltwirtschaft sowie die Unterstützung des Transformationsprozesses bleiben zentrale Aufgaben. Doch wegen der veränderten Herausforderungen müssen die Akteure neue Strategien zur Festigung der Partnerschaft entwickeln.

Zur Erarbeitung von Lösungsansätzen veranstaltete das C·A·P gemeinsam mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes und dem American Institute for Contemporary German Studies, Washington D.C., letzten Herbst im Auswärtigen Amt in Berlin die Konferenz „Russland und der Westen: Partnerschaft vor neuen Herausforderungen“. Die mehr als hundert Teilnehmer setzten sich aus deutschen, russischen und amerikanischen Vertretern von Regierungsorganisationen, Repräsentanten der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Sektors zusammen.

### Sicherheitspolitik

Bei der Frage, wie Russland in die euroatlantische Sicherheitspartnerschaft einzubinden sei, zeigte sich ein deutlicher Unterschied zwischen der amerikanischen und der europäischen Agenda. Während von amerikanischer Seite die nukleare Abrüstung sowie eine mögliche zweite NATO-Erweiterungsrunde hervorgehoben wurden, war die russisch-europäische Debatte vom Problem der teilweisen Inkompatibilität zwischen russischen und europäischen Ordnungsvorstellungen einerseits und der Rolle Europas als Stabilitätsanker andererseits bestimmt. Überwiegender Konsens existierte hinsichtlich einer partnerschaftlichen Verringerung regionaler Sicherheitsrisiken auf dem Balkan, im Baltikum und im Kaukasus durch institutionelle Ein- und Anbindung. Allerdings kann die Vielfalt der damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Interessen schnell zu Unstimmigkeiten beim Umgang mit Konflikten führen.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurde erörtert, inwieweit die Beziehungen zu Russland überhaupt noch unter der Prämisse von Partnerschaft zu gestalten seien. Eventuell würde die Annahme eines Ungleichgewichtes zu einer Vergrößerung der politischen Handlungsmöglichkeiten beitragen.

## Europa-Dialog mit Bundeskanzler Schröder

Zur Fortsetzung des im Herbst 2000 mit Bundeskanzler Gerhard Schröder gemeinsam begonnenen Europa-Dialogs fand im März diesen Jahres der erste von drei Teildialogen in Berlin statt. Unter Leitung von Professor Werner Weidenfeld diskutierten Medienforscher, Journalisten, Marketing-Experten und Regierungsvertreter über Möglichkeiten und Strategien für eine breite gesellschaftliche Debatte über die europapolitische Agenda der kommenden Jahre. Die Erkenntnisse der Fachdialoge werden zur Mitte des Jahres im kommenden Kanzler-Dialog eingebracht.

## Kronberger Gespräche zum Nahen Osten

Die von der Bertelsmann-Stiftung organisierten sechsten „Kronberger Gespräche“ über die europäische Politik im Nahen Osten fanden letzten Winter unter dem Eindruck der prekären Lage in der Region statt. „Es grenzt an ein Wunder, dass diese Konferenz überhaupt zustande gekommen ist“, so Professor Werner Weidenfeld, Direktor des C·A·P und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung. „Es gibt kein vergleichbares Forum der Vertrauensbildung in Europa, das selbst in Krisenzeiten die Akteure des Friedensprozesses an einem Tisch vereint“. Unter dem Vorsitz von Weidenfeld, Professor Rita Süßmuth und dem Senior Advisor des European Policy Centre in Brüssel, Eberhard Rhein, diskutierten rund sechzig Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft über den Friedensprozess im Nahen Osten. Das von der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik vorgelegte Strategiepapier stieß dabei auf breite Zustimmung. Mit Blick auf den künftigen Status von Jerusalem etwa wurde vorgeschlagen: „Schwierige Themen müssen nicht in jedem Detail ausbuchstabiert werden. Historische Analogien, wie das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, gibt es genug“, so Weidenfeld. Die Parteien müssten sich nicht in jedem Punkt einig sein, um Verhandlungen wieder aufzunehmen und zu einer Vereinbarung zu gelangen.



Die Gesprächsteilnehmer in Kronberg

## Jahreskonferenz des Internationalen Toleranznetzwerkes in Dresden

Die Jahreskonferenz des Internationalen Netzwerkes „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ am C·A·P hat im Winter in Dresden stattgefunden. Neben den Arbeitsergebnissen des letzten Projektjahres wurde auch die Toleranz-Datenbank vorgestellt. Die Datenbank stellt Informationen über Bildungsprogramme, Aktivitäten und Materialien von Nichtregierungsorganisationen aus dem Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtserziehungsbereich bereit und wird voraussichtlich im April diesen Jahres online gehen.

Die Bildungsinitiativen NOVAMERICA (Brasilien) und PARTICIPA (Chile) präsentierten als neue Netzwerkmitglieder ihre Arbeitsfelder. Eine interessante Zusammenarbeit steht bevor, die neue Perspektiven bei der Menschenrechtserziehung eröffnet.

Auf dem Programm stand auch der Besuch des ehemaligen Staatsgefängnisses Bautzen. Das Gefängnis für politische Häftlinge der ehemaligen DDR ist heute als historische Gedenkstätte der Öffentlichkeit zugänglich. Die Netzwerkteilnehmer nahmen an einer Führung teil und hatten Gelegenheit, mit einem ehemaligen Insassen über dessen persönliche Hafterfahrung zu sprechen. Ein besonderer Höhepunkt der Konferenz war die Dinnerspeech des Schriftstellers Erich Loest, der in Bautzen inhaftiert war und seine Erlebnisse literarisch verarbeitet hat. Die Lesung aus seinem Buch „Durch die Erde ein Riss“ eröffnete den Zuhörern einen Einblick in den Gefängnisalltag und die inneren Konflikte, die Loest als politischer Häftling durchleben musste.



Der Schriftsteller und ehemalige politische Häftling Erich Loest liest aus seinem Buch „Durch die Erde ein Riss“.

# Deutschland in der Repräsentationskrise?

Wie können gesellschaftlich dominierende Trends in der Bundesrepublik zur Bildung von tragfähigen Modellen einer zukunftsorientierten Politik beitragen? Kürzlich trafen sich Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen mit der Forschungsgruppe Deutschland und Vertretern des Bundesverbandes deutscher Banken zur zweiten Autorenkonferenz des „Deutschland-Trendbuchs“ in Berlin. Die Ergebnisse einer Umfrage, die im November 2000 im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken durchgeführt worden war, bildeten den Grundstock für Bestandsaufnahme und Trendoptionen der momentanen gesellschaftlichen Entwicklung. Diese, so waren sich die Autoren einig, können zu einem Auseinanderdriften von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führen, wenn nicht neue Ansätze zur Reintegration der verschiedenen Lebensbereiche gefunden werden.



Sie stellten in Berlin das Deutschland-Trendbuch vor (voraussichtliches Erscheinen in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: September): Professor Wilhelm Bürklin vom Bundesverband deutscher Banken und die Herausgeber Professor Werner Weidenfeld und Professor Karl-Rudolf Korte

Die Umwälzungen in den Bereichen Technologie, Kommunikation und Wirtschaft aus dem internationalen Umfeld wirken sich auch auf die gesellschaftliche Wirklichkeit Deutschlands aus. Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung im Verhältnis von Wirtschaft und Politik, wo die Auffassungen über Chancen und Herausforderungen der technologischen Revolution nicht nur weit auseinander klaffen, sondern oft genug sogar widersprüchlich sind. Während die Wirtschaft die neuen Errungenschaften vor allem dazu nutzt, einer neuen, mobilen und vernetzten Elite ins Leben zu helfen, bleibt die Politik weiterhin ihrem Gestaltungsauftrag verpflichtet. Doch um integrierend und ausgleichend auf die Gesellschaft wirken zu können, benötigt die Politik neue Strategien. „E-government“ und „e-policy“ als zukunftssträchtige Konzepte greifen zu kurz: Mit diesen Strategien gelingt es lediglich, einen exklusiven und elitären Teil der Bevölkerung anzusprechen.

Deutschland, so der Tenor der

Konferenz, kann in Zeiten der Globalisierung nicht isoliert betrachtet werden. Die Umwälzungen in den Bereichen Technologie, Kommunikation und Wirtschaft aus dem internationalen Umfeld wirken sich auch auf die gesellschaftliche Wirklichkeit Deutschlands aus. Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung im Verhältnis von Wirtschaft und Politik, wo die Auffassungen über Chancen und Herausforderungen der technologischen Revolution nicht nur weit auseinander klaffen, sondern oft genug sogar widersprüchlich sind. Während die Wirtschaft die neuen Errungenschaften vor allem dazu nutzt, einer neuen, mobilen und vernetzten Elite ins Leben zu helfen, bleibt die Politik weiterhin ihrem Gestaltungsauftrag verpflichtet. Doch um integrierend und ausgleichend auf die Gesellschaft wirken zu können, benötigt die Politik neue Strategien. „E-government“ und „e-policy“ als zukunftssträchtige Konzepte greifen zu kurz: Mit diesen Strategien gelingt es lediglich, einen exklusiven und elitären Teil der Bevölkerung anzusprechen.

Die Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie gaukeln die Auflösung der traditionellen sozialen Milieus vor, die so in der deutschen Gesellschaft nicht stattfindet. Während sich die sozialen Milieus abgeschwächt noch immer formieren, nivellieren die Parteien zunehmend die gesellschaftlichen Unterschiede und werden so den Bedürfnissen der Gruppierungen nicht mehr gerecht. Die politischen Lager durchbrechen die Grenzen der sozialen Milieus und sind in ihren Linien nicht länger zuzuordnen. Wege aus der daraus resultierenden Repräsentationskrise zeichnen zwei Zukunftsszenarios: Entweder nimmt die politische Elite die Herausforderung an und sucht erneut den Kontakt zum Bürger, oder dieser wählt den Weg der Selbstregulierung als Alternative zur repräsentativen Demokratie.

## Widersprüchliche Auffassungen

## Zukunftsszenarios

# Ein virtuelles Seminar über das internationale Konfliktmanagement im Kosovo

Der Kosovo-Konflikt eignet sich hervorragend für ein politikwissenschaftliches Seminar. Die Kosovo-Frage ist eng verknüpft mit einer Reihe von allgemeinen Themen der internationalen bzw. europäischen Politik, beispielsweise mit Konfliktprävention, NATO-Einsätzen *out of area*, Friedenssicherung, Nationalismus und Nationalstaatsbildung oder der europäischen Rapid Reaction Force. Angesichts der Aktualität des Themas bietet es sich an, Gastreferenten aus Politik und Wissenschaft einzuladen, die den Studenten die Tragweite und die Dilemmata der Kosovo-Frage näherbringen könnten. Idealerweise sollte gerade bei dieser Problematik nicht nur die deutsche Perspektive vorgestellt werden, sondern auch die französische, die britische und nicht zuletzt die amerikanische.

In einem konventionellen Seminar an der Universität wäre dies kaum machbar, aber dank Internet lässt sich ein solches Seminar „virtuell“ realisieren. Mit finanzieller Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung wurde auf Initiative von Dr. Colette Mazzucelli (Ko-Präsidentin der Alumni Association, Bosch-Program for Future American Leaders) im Wintersemester das Online-Seminar „Internationale Ansätze zu Prävention, Management und Lösung von Konflikten: Der Kosovo-Konflikt“ durchgeführt, in dem Studenten des Geschwister-Scholl-Instituts in München gemeinsam mit Kommilitonen an der Fondation Nationale des Sciences Politiques in Paris verschiedenste Aspekte der Kosovo-Frage und der internationalen Balkan-Politik analysierten. Wöchentlich wurden Experten und Entscheidungsträger aus Washington, Paris, New York, Berlin oder Brüssel über das Internet als Gastredner live zugeschaltet. Die Anwendung innovativer Technik ermöglichte einen regen Austausch zwischen den Studenten in München und Paris oder auch eine Seminarsitzung, in der der Münchener Dozent und C•A•P-Mitarbeiter Wim van Meurs das Seminar vom American Institute for Contemporary German Studies in Washington aus leitete. Für die Initiative ließen sich, da das Seminar nicht ortsgebunden war, hochinteressante Gastredner gewinnen: Botschafter Christian Pauls (Auswärtiges Amt) in Berlin, Richard Smyser (ehem. UN Vize-Hoher Kommissar für Flüchtlinge) in Washington, Marie-Janine Calic (Büro des Stabilitätspaktes) in Brüssel, Geza Jeszenszky (ungarischer Botschafter in den USA) und Harvey Sicherman (Foreign Policy Research Institute) in Washington. Ein Highlight des Seminars war der Vortrag von General Klaus Reinhardt am C•A•P im November 2000. Als ehemaliger KFOR-Kommandant (Oktober 1999 bis April 2000) berichtete Reinhardt aus erster Hand über die praktische Umsetzung des UN-Mandats im Kosovo. Bild und Ton seiner Präsentation waren in real time von einem Server in Houston abrufbar (siehe Bild). Somit konnten nicht nur die Studenten in Paris, sondern Interessierte weltweit zuhören und anschließend diskutieren.

Das „Transatlantic Internet-Seminar on Kosovo“ war ein Vorbote für das umfassende Angebot an Online-Veranstaltungen, das derzeit am GSI von Dr. Manuela Glaab in Kooperation mit dem University System of Georgia vorbereitet wird (siehe „Distance Learning Techniques“ in: C•A•Panorama 2/2000). Eine Neuauflage des Seminars, mit weiteren technischen Erneuerungen und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen, ist für das Wintersemester 2001/2002 geplant. Weitere Informationen zum Seminar bei Dr. Wim van Meurs, Tel. 089-2180-1339 oder E-Mail: meurs@lrz.uni-muenchen.de



Der ehemalige KFOR-Kommandant General Klaus Reinhardt als Gastredner des Online-Seminars

## Die Osterweiterung vermitteln

Jugendlichen die Vollendung Europas näherzubringen, hat sich die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) am C·A·P zur Aufgabe gesetzt. In einem gemeinsamen bundesweiten Projekt mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und dem Informationsbüro für



EU und EU-Erweiterung – eine Herzensangelegenheit der Bürger?

Deutschland des Europäischen Parlamentes werden zunächst dreißig eintägige Veranstaltungen durchgeführt, die sich überwiegend an Jugendliche richten. Die Teilnehmer erhalten anhand des Planspiels der FGJE „Europa neu gestalten – Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung“ einen lebendigen Eindruck zu diesem Thema. Moderiert werden die Planspiele von Referenten des „Juniorteam Europa“. Der Hintergrund: Neben den politischen und ökonomischen Chancen eines Gesamteuropas liegen in dem ambitionierten Projekt der EU-Osterweiterung auch Risiken und Anpassungskosten. In der öffentlichen Wahrnehmung stehen hier die Themen

Freizügigkeit und wachsende Konkurrenz am Arbeitsmarkt, die finanziellen Kosten der Osterweiterung sowie Fragen der grenzüberschreitenden Kriminalität im Vordergrund. Die Frage nach der Finalität Europas stellt sich in neuer Schärfe. Wie soll Europa morgen aussehen? Der Erweiterungsprozess ist in den vergangenen Jahren bereits weit vorangeschritten – die öffentliche Wahrnehmung in Deutschland zu den Herausforderungen eines erweiterten Europas verhardt jedoch noch allzu oft in emotionalisierten Stereotypen.

Die Entscheidungsprozesse und Konfliktlinien der gegenwärtigen Beitrittsverhandlungen werden im Planspiel in vereinfachter Form simuliert. Die Spieler agieren auf der Grundlage von Rollenprofilen und Hintergrundinformationen als politische Akteure (z.B. als Ministerin, als Vertreter eines Beitrittskandidaten oder als Abgeordnete des Europäischen Parlamentes). Die Teilnehmer gewinnen einen Einblick in die legitimen Interessen und Problemlagen einzelner Akteure und entwickeln ein besseres Verständnis für die Prozesse politischer Entscheidungsfindung in der Europäischen Union.



Europa im Schulunterricht. Wer versteht die Entscheidungsprozesse, wo liegen Chancen und Risiken einer Erweiterung?

Ergänzt werden die Planspiele durch ein Internetforum, in dem sich die Teilnehmer auch über das Planspiel hinaus mit anderen Jugendlichen austauschen können. Daneben können die Nutzer des Forums ihr Wissen durch von der Forschungsgruppe Jugend und Europa zusammengestellte Informationen und weiterführende Internetlinks erweitern.

Ansprechpartner für Informationen über die Informationskampagne zur Osterweiterung: Sascha Meinert, Tel.: 089 – 2180 5930, E-mail: juniorteam@lrz.uni-muenchen.de

## „Europa – was geht mich das an?!“

Schulungsreihe der FGJE für junge Multiplikatoren

Erhebungen weisen regelmäßig nach, dass Jugendliche in Deutschland zwar ein ausgeprägtes europäisches Bewusstsein haben, die politische Struktur der EU für sie aber weitgehend undurchschaubar ist. Es bedarf innovativer und jugendgerechter Methoden der Vermittlung, die sowohl die Konturen europäischer Institutionen und Entscheidungsprozesse verdeutlichen als auch einen Einblick in die einzelnen Aufgabenbereiche europäischer Mehrebenenpolitik ermöglichen. Denn ohne eine breite öffentliche Akzeptanz und Teilnahme kann der europäische Integrationsprozess nicht gelingen.

In diesem Kontext führte die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) am C•A•P letzten Winter mit dem Gustav-Stresemann-Institut in Bonn drei Multiplikatorenschulungen unter dem Titel „Europa – was geht mich das an?!“ durch. Mehr als fünfzig Jugendliche und junge Erwachsene nahmen an den drei Schulungen teil.

Ausgewählte Methoden der europabezogenen Bildungsarbeit standen im Mittelpunkt der ersten zweieinhalbtägigen Veranstaltung: An einer fiktiven „Speakers Corner“ konnten Chancen und Risiken der Osterweiterung reflektiert werden; ein Stationslauf gewährte Einblicke in die EU-Institutionen; in einer bunten Collage visualisierte eine Arbeitsgruppe die historische Entwicklung des bisherigen Integrationsprozesses; anhand von Szenarien diskutierten die Teilnehmer die Zukunft der Erwerbsarbeit und erarbeiteten einwanderungspolitische Konzepte. Die Themen Euro, Umwelt- und Verbraucherschutz wurden in einer Mischung aus Rollenspiel und Pro- und Contra-Diskussion aufgegriffen. Die Methoden wurden vorgestellt, gemeinsam erprobt und ausgewertet mit dem Ziel, sie selbständig in der europabezogenen Jugendarbeit einsetzen zu können. Die Planspielmethode stand im Mittelpunkt der zweiten Schulung. Eine Zukunftswerkstatt zum gesellschaftlichen und ökonomischen Leben im Europa des Jahres 2030 bildete den Abschluß der Schulungsreihe.

In Anlehnung an das Juniorteam Europa, das – gefördert von den Landeszentralen für politische Bildung in Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – seit drei Jahren erfolgreich in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen arbeitet, konnte mit den Multiplikatorenschulungen im Gustav-Stresemann-Institut die Voraussetzung für einen Referentenpool auf Bundesebene geschaffen werden. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa vermittelt die Teamer an Träger der Politischen Bildung und leistet Hilfestellung bei der Konzeption von Seminaren. Die Angebote des Juniorteam berücksichtigen Interessen und Lebenswelt von Jugendlichen; der überwiegende Teil der angewandten Methoden ist aktivierend und erlebnisorientiert.

Ansprechpartner für Informationen zum Juniorteam Europa und zu den Planspielen der FGJE: Sascha Meinert, Tel.: 089 – 2180 5930, E-mail: juniorteam@lrz.uni-muenchen.de



Planspiel zur EU-Erweiterung: Die jungen Leute diskutieren bis in die Nacht



Einstimmigkeit im Europäischen Parlament: Die Vertreter sind für eine schnelle Erweiterung

## Netzwerk „Europapolitik“ an israelischen Hochschulen

Im Zuge des Barcelona-Prozesses, der neben dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen eine politische Partnerschaft sowie eine soziale, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit vorsieht, wächst seit den neunziger Jahren der Einfluss und die Position der EU im Nahen Osten. So nimmt Israel an zahlreichen europäischen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen teil. Die Europäische Union ist mittlerweile der größte Handelspartner Israels, und die finanzielle Unterstützung durch die EU ist enorm.

Innerhalb der Europäisch-Mediterranen Partnerschaft sehen sich Israel und Europa den gleichen spezifischen sicherheitspolitischen, religiös-fundamentalistischen, ökologischen und entwicklungspolitischen Problemen gegenüber. Nicht zuletzt auch wegen der großen Anzahl von Immigranten aus Mittel- und Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion erhalten die Europäisch-Israelischen Beziehungen eine neue Dimension.

Zusammen mit der Bertelsmann Stiftung organisierte das C·A·P mit seinem neuen Kooperationspartner, dem Morris E. Curiel Center der Tel Aviv Universität, den ersten akademischen Gastdozentenaustausch, einen Junior Round Table und ein Symposium. Im Rahmen des Gastdozentenaustauschs lehrte Dr. Manuela Glaab vom Geschwister-Scholl-

Institut zwei Monate an der Tel Aviv Universität und Prof. Dr. David Menašri aus Tel Aviv im Wintersemester 2000/01 am Geschwister-Scholl-Institut.

Im Dezember fand in Tel Aviv und Caesaria ein Junior Round Table zu dem Thema „Regional Security in the Wake of the Collapse of the Soviet Union: Europe and the Middle East“ statt. Schwerpunkt dieser Veranstaltung: Die möglichen Risiken entlang der potentiellen Grenzen nach der EU-Osterweiterung. Die Ergebnisse sind in dem Projekt „Sicherheit und direkte Nachbarschaft“ der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik im Rahmen des Risikoberichts „Beyond EU-Enlargement“ entstanden. Sicherheitspolitik, Vertrauensbildung und regionale Kooperation wurden vergleichend aus europäischer und israelischer Sicht behandelt. Im Mai wird hierzu die Folgekonferenz in Israel stattfinden.

Im Januar wurde dann auf einem internationalen Symposium an der Tel Aviv Universität die Rolle Europas im Balkan diskutiert. Auf dem Podium waren unter anderem Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, der jugoslawische Justizminister Vladan Batic und der stellvertretende jugoslawische Premierminister Zarco Korac vertreten.

## L'Europe d'Excellence

Die Förderung und Entwicklung von Bestleistungen in Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft könnte nach Ansicht von Sylvie Goulard ein visionäres Projekt darstellen. Mit dem Stichwort „L'Europe d'Excellence“ könnte der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europapolitik wieder eine Orientierung gegeben werden. Frau Goulard, französische Deutschland-Expertin und Beraterin des Planungsstabes im französischen Außenministerium, besuchte im Januar das C·A·P. Die Diskussion mit Josef Janning und Mitarbeitern des Centrums bezog sich auf die Bewertung der Ergebnisse von Nizza sowie die Perzeptionsunterschiede und Handlungsspielräume der französischen und deutschen Europapolitik.



Caesaria – einst Residenz der römischen Statthalter in Israel, heute Tagungsort für europapolitische Konferenzen. Das Bild zeigt den alten Hafen.

## Euro kann Politikwechsel provozieren

Nach Ansicht von Professor Benjamin Cohen kann der Euro einen ökonomischen Kurswechsel in den USA auslösen. Cohen ist Professor für Internationale Politische Ökonomie an der University of California at Santa Barbara. Am C•A•P sagte Cohen, der Euro werde den Dollar auf absehbare Zeit nicht von seiner internationalen Rolle ablösen. Jedoch könne der Euro durch Reformen in der ökonomischen und politischen Struktur des Euro-Raumes mittelfristig eine Ausstrahlung erreichen, die die Rolle des Dollars als alleinige Reservewährung einschränken und so einen Kurswechsel in den USA auslösen könnte. So wäre beispielsweise denkbar, dass die USA die Dollarisierung Lateinamerikas fördern, sollte der Euro-Raum eine Politik der aktiven Verbreitung des Euro über die EU hinaus verfolgen.



Referierte am C•A•P über den Einfluss des Euros: Professor Benjamin Cohen von der University of California at Santa Barbara

## C•A•P-Paper zu Politik und Internet

Im Auftrag der Forschungsgruppe Zukunftsfragen hat Beth Noweck, Präsidentin und Vorstandsvorsitzende der ‚Bodies Electric LLC‘ das Arbeitspapier „The Impact of Internet Technology on Democratic Legitimacy“ vorgelegt. Ihre Hauptthesen: Politische Institutionen müssen sich dem technologischen Fortschritt anpassen, d.h. die neuen Möglichkeiten des Bürgerkontakts nutzen, um demokratisch und legitimiert zu bleiben; Institutionen und politisch Verantwortliche müssen im Internet auch Bürgern und nicht nur Konsumenten Raum schaffen. Das Papier kann unter [www.cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de) heruntergeladen werden.

## Hoffen auf die Westintegration

Der Integration mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU und in die NATO wird eine große Bedeutung beigemessen, da sie eine herausragende Bedeutung für die politische und wirtschaftliche Transformation dieser Staaten hat. Die Aussicht auf einen schnellen Beitritt zu den politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens galt zu Beginn der neunziger Jahre als Motor für eine zügige und tiefgreifende Neuorientierung der jungen Marktwirtschaften und Demokratien.

Nach zehn Jahren Transformationsprozess zog das C•A•P an einem Runden Tisch mit europäischen und amerikanischen Teilnehmern eine vorläufige Bilanz. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit dem slowakischen Think Tank IVO (Institute for Public Affairs) letzten Herbst in Bratislava veranstaltet. Sie fand im Rahmen des vom German Marshall Fund geförderten Projektes „Improving Responsiveness to International Change“ statt. Vor allem die Teilnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Staaten argumentierten, dass die Aussicht auf Westintegration zwar den Transformationsprozess in Wirtschaft und Politik anstoßen und der Gesellschaft eine Zielorientierung bieten konnte. Der konkrete Verlauf der Transformation sei hingegen fast ausschließlich von internen Faktoren abhängig. Die Ergebnisse der Tagung können unter [www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic](http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic) heruntergeladen werden.

## Weidenfeld leitet Deutsch-Jüdischen Dialog



Mehrmals jährlich treffen sich international führende Persönlichkeiten der jüdischen Kultur auf Initiative der Bertelsmann Stiftung. Die Konferenzen leitet der Direktor des C•A•P, Professor Werner Weidenfeld, zusammen mit seinem britischen Namensvetter, dem renommierten Verleger Lord Weidenfeld. Dieses 16. Mal standen die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland, die Einwanderungspolitik und der Friedensprozess im Nahen Osten im Mittelpunkt der Gespräche. Aus der deutschen Politik nahmen u.a. Außenminister Fischer, Verteidigungsminister Scharping, Bundestagspräsidentin a.D. Süßmuth, Generalbundesanwalt Nehm sowie mehrere Landesminister und Abgeordnete teil. Unsere Bilder zeigen Professor Weidenfeld im Hintergrundgespräch mit Außenminister Fischer, dem neuen israelischen Botschafter in Deutschland Shimon Stein und Generalbundesanwalt Kay Nehm (v.l.n.r.)

## C•A•P baut Asienarbeit aus

Das Centrum für angewandte Politikforschung hat in den vergangenen Jahren die Kooperation mit dem Center for European Studies an der Renmin Universität in Peking weiter ausgebaut. Neben gegenseitigen Forschungsaufenthalten bildet ein gemeinsames Projekt zu den Beziehungen zwischen der EU und China einen Arbeitsschwerpunkt. Die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zeigt sich nun auch in der personellen Verzahnung zwischen beiden Seiten. Professor Werner Weidenfeld, Josef Janning und Franco Algieri wurden zu Gastprofessoren an der Renmin Universität ernannt. Franco Algieri ist dort außerdem Senior Fellow am Center for European Studies.

Gemeinsam mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes und der Bertelsmann Stiftung hat das C•A•P ein Zukunftspanel veranstaltet, das sich mit Entwicklungsszenarien Asiens und den Konsequenzen für die deutsche und europäische Asienpolitik befasst hat.

Beim einem Besuch von Arnaud D'Andurain, Leiter des Bereichs „Intellectual Exchange“ der Asia Europe Foundation, wurden Perspektiven der Zusammenarbeit erörtert. Das C•A•P wird den Bereich der Asienstudien und insbesondere die Arbeit zu den europäisch-asiatischen Beziehungen in den kommenden Jahren kontinuierlich ausbauen.

## Das C•A•P als Inkubator

Ehemalige Mitarbeiter des C•A•P arbeiten heute in interessanten Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dass das C•A•P auch als Start-Up-Hilfe wirken kann, belegt der Werdegang von Patrick Meyer, dem langjährigen Leiter der Online-Redaktion des C•A•P. Vor kurzem hat er zusammen mit der Diplom-Journalistin Christina Teuthorn – vormals Forschungsgruppe Zukunftsfragen – das Medienbüro Teuthorn & Meyer „meteme.de“ gegründet. Das Medienbüro ([www.meteme.de](http://www.meteme.de)) führt Inhalte und Internettechnik zusammen und bietet speziell für Non-Profit-Organisationen Dienstleistungen in den Bereichen Journalismus, Events und Webdesign an.

**Dr. Barbara Tham**, Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa, wurde in den nationalen Beirat des EU-Programms Jugend berufen.

## Demokratie und Freiheit

Ein Gespräch mit Solly Ganor über die Verantwortung der jungen Generation

Solly Ganor, Autor des Buches „Das neue Leben – Jugend im Holocaust“, führte letzten Herbst unter der Moderation von Viola Georgi (Internationales Netzwerk Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz am C•A•P) ein Gespräch mit jungen Münchnern im Centrum für angewandte Politikforschung. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Münchner Sektion der paneuropäischen Jugendorganisation „Living Bridges“.

Aufgewachsen im Litauen der dreißiger Jahre erlebte Solly Ganor nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im Sommer 1941 die Vorboden des Holocaust: erst die Gettoisierung der Juden, dann die Ausbeutung der Arbeitsfähigen in Zwangsarbeitslagern und die Erschießung der Kinder, Alten und Schwachen durch die „Einsatzgruppen“. Im Sommer 1944 – Millionen osteuropäischer Juden waren schon in den Vernichtungslager ermordet worden – wurde Ganor nach Oberbayern abtransportiert, in das Außenlager Utting des KZ-Komplexes Dachau. Den Todesmarsch von Dachau überlebte er Anfang Mai 1945 im Alpenvorland, in einem Wald bei Waakirchen.

Erst fünfzig Jahre nach Kriegsende äußerte er sich öffentlich über seine schrecklichen Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg. Auslöser war ein Zusammentreffen mit dem ehemaligen Soldaten, einem Amerikaner japanischer Abstammung, der ihm am zweiten Mai 1945 in einer Scheune im Dorf Waakirchen als leibhaftiger Befreier von seinem langen Leidensweg erschienen war.

Seitdem sucht Solly Ganor den Dialog mit jungen Deutschen. Seine Botschaft an die Enkelgeneration seiner Verfolger ist einfach und zugleich anspruchsvoll: „Wenn junge Menschen nicht verstehen, was es heißt, gleichgültig gegenüber einem anderen Volk zu sein, kann sich die Geschichte wiederholen.“

In einer Kombination aus Lesung und Gespräch erinnert er an den Irrsinn des Holocaust, macht deutlich, wie nah Tod und Leben beieinander lagen, und erzählt von Ereignissen und Taten, die Hoffnung machen. Auch fast sechzig Jahre nach dem Zweiten Weltkriegs fällt es ihm nicht leicht, sich das Grauen von damals zu vergegenwärtigen. Fast beschwörend appelliert er dabei an seine jungen Zuhörer, Freiheit und Demokratie nicht als Selbstverständlichkeit zu begreifen. Demokratie sei mehr als eine Staatsform. Sie erfordere die Vermittlung demokratischer Werte und die Erziehung zu verantwortungsbewusstem Handeln im Sinne dieser Werte. Solly Ganors Abschlussplädoyer ist ein Appell an die jungen Teilnehmer. „After we are gone you should take up the task to explain what happened here“.

### Gespräch mit jungen Münchnern



Solly Ganor überlebte das KZ Dachau. Im C•A•P sprach er mit jungen Münchnern und warnte vor Vergessen und Gleichgültigkeit

### Klare Botschaft

## Alumni-Treffen am C•A•P



Absolvententreffen im Dezember 2000. Im Vordergrund (von rechts): Dr. Peter Frey, Leiter der ZDF-Hauptredaktion „Außenpolitik“ und Michael Garthe, Chefredakteur der „Rheinpfalz“

### Das Konstrukt EU dem Bürger vermitteln

### Netzwerk gegründet

Als Magistranden, Diplomanden oder Doktoranden hatten die Tagungsteilnehmer ihr Studium in Mainz oder München bei Professor Werner Weidenfeld abgeschlossen. Heute befinden sie sich an den Entscheidungsstellen der Gesellschaft. Der Kontakt zwischen dem Professor und seinen Absolventen blieb aber über die Jahre bestehen. Grund genug, Ende letzten Jahres zwei persönliche Wiedersehen mit den Ehemaligen zu organisieren und sie über Zielsetzungen und Methoden angewandter Politikforschung zu unterrichten.

Ein Großteil der Absolventen hat den Journalismus als Beruf gewählt. Dr. Peter Frey promovierte bei Professor Weidenfeld und leitet jetzt die ZDF-Hauptredaktion „Außenpolitik“.

Dem Fernsehpublikum ist er durch das „Auslandsjournal“ bekannt. Michael Garthe, ein weiterer Absolvent, ist heute Chefredakteur der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“. Auch die ehemaligen Studenten der jüngeren Münchner Generation schlagen häufig den Weg zu Fernsehen, Radio, Zeitungen und Onlinediensten ein.

Die Alumnis diskutierten bei den beiden Treffen vor allem über die Europäische Union. Christian Siebert von der Europäischen Kommission und Dr. Thomas Leif vom Südwestrundfunk erörterten gemeinsam mit Josef Janning die Probleme der „Politikvermittlung in der Mediendemokratie“. Der Leiter der Europaabteilung der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund Dr. Otto Schmuck und Dr. Claus Giering (C•A•P) überprüften Ziele und Umsetzung der Arbeit des Centrums für angewandte Politikforschung auf dem Gebiet der europäischen Integration.

Zum Abschluss der Tagungen wurde vereinbart, Folgetreffen zu organisieren und ein festes Netzwerk aufzubauen. So sollen einerseits Kontakte der Ehemaligen untereinander und andererseits eine dauerhafte Kommunikation mit dem C•A•P ermöglicht werden.

### Die Kunst, Politik zu erzählen



„Aufklärung braucht Reichweite!“. Stefan Brauburger, stellv. Leiter der Redaktion „Zeitgeschichte“ des ZDF

Filme müssen Geschichten erzählen“, so beschrieb Stefan Brauburger (Stellv. Leiter der Senderredaktion „Zeitgeschichte“ des ZDF) die wichtigste Anforderung an politische Dokumentarfilme. Auf Einladung der Forschungsgruppe Deutschland erläuterte Brauburger in einem Seminar von Professor Weidenfeld die Konzeption und Machart der erfolgreichen ZDF-Serie „Die deutschen Bundeskanzler“ anhand der Folge über Helmut Kohl. Die Reihe sollte einen Rückblick auf die westdeutsche Nachkriegsgeschichte geben. Der Anspruch geht also über die einzelnen Personen hinaus. Mit jedem Kanzler wurde ein zentraler Aspekt verbunden: Adenauer und der Westen, Erhard und der Wohlstand, Kiesinger und die Demokratie, Brandt und die Reformen, Schmidt und die Sicherheit, Kohl und die Einheit.

Die Philosophie der Redaktion „Zeitgeschichte“ – „Aufklärung braucht Reichweite“ – umreißt das Spannungsverhältnis zwischen filmischer Darstellungsweise und wissenschaftlicher Anforderung. Geschichte über die Kanzler aufzuarbeiten entspricht dem Trend zur Personalisierung der Politik. Bilder und Zuschauergewohnheiten verlangen nach Vereinfachung. Dennoch sind die Filme wissenschaftlich fundiert. Beraterkreise sowie das Studium der einschlägigen Literatur sichern die sachliche Expertise.

## Jenseits der EU-Erweiterung

Die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union führt mittelfristig zu neuen Nachbarschaften: zu Russland, der Ukraine, Belarus und Moldova im Osten, sowie zu den Staaten des Balkans im Südosten. Die Risiken und Chancen dieser neuen Nachbarschaften fordern die EU heraus, strategisch neue Wege zu gehen.

Das Strategiepapier „Jenseits der EU-Erweiterung“ bietet Politikempfehlungen für die Gewährung von Stabilität und Zusammenarbeit an den östlichen und südöstlichen Grenzen der EU. Dies geschieht auf der Grundlage von Länderstudien und vergleichenden Analysen zu regionalen Risiken wie Minderheitenkonflikte, Visa- und Zollfragen, Sicherheitsrisiken sowie Chancen und Probleme der regionalen Kooperation. Zentrale Aspekte der Empfehlungen sind eine europäische Perspektive für die Ukraine und Moldova, eine Kaliningrad-Strategie und eine effektive Visastrategie jenseits der Schengengrenzen. Außerdem müssen die europäischen Politikinstrumente für den Balkan neu geordnet werden und die EU-Programme für grenzüberschreitende Kooperation ausgebaut und konzentriert werden.

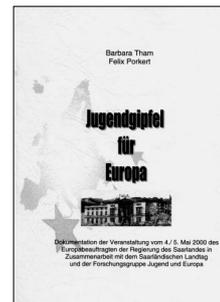


WERNER WEIDENFELD (HRSG):  
**Jenseits der EU-Erweiterung.**  
Strategiepapier.  
Gütersloh 2001, ISBN 3-89204-557-7, 62 Seiten, kostenlos

## Jugendgipfel für Europa

Vergangenen Mai fand im Saarländischen Landtag ein „Jugendgipfel für Europa“ statt. Durchgeführt wurde er vom Europabeauftragten der saarländischen Regierung, dem Saarländischen Landtag und der Forschungsgruppe Jugend und Europa (dieses Jahr: siehe C·A·Planung S. 16).

In einem Planspiel zur Osterweiterung der EU übernahmen siebzug Schülerinnen und Schüler zwischen sechzehn und zwanzig Jahren zwei Tage lang die Rollen von Ministern, Parlamentariern, Kommissaren sowie Vertretern der Beitrittskandidaten und der Presse. Dabei mussten sie sich mit den Hintergründen der vertretenen Personen und Länder vertraut machen, Anträge stellen, Parteien präsentieren, Sachverhalte diskutieren, Koalitionen schmieden und letztendlich zu Entscheidungen kommen. Der Jugendgipfel vermittelte dadurch auf einer sehr persönlichen Ebene, wie demokratische Entscheidungsfindungen allgemein und in der Europäischen Union im besonderen funktionieren. In der vorliegenden Publikation werden Ablauf und Ergebnisse des Jugendgipfels dokumentiert.



BARBARA THAM / FELIX PORKERT:  
**Jugendgipfel für Europa**  
München 2000, ISBN 3-933456-18-5, 87 Seiten, 5 DM

## Sustaining a Globalized World: Future Paths to Developing a Sustainable Society

Geschwindigkeit und Komplexität sind Markenzeichen moderner Globalität. Multinational operierende Unternehmen, expandierende Kapitalmärkte, der wachsende Stellenwert technologischen Know-hows, das Internet und eine zunehmende Zahl von politisch aktiven Netzwerken und Akteuren prägen unsere Zeit. Konventionelle Ordnungsmodelle und Regierungsstile zeigen sich durch die Herausforderungen des sozialen und technologischen Wandels häufig überfordert. Zunehmend stellt sich die Frage, wie nationale Regelungsansätze durch ein Konzept der Global Governance ergänzt werden können, um nachhaltige Politikmodelle neu zu installieren. Die Broschüre entstand im Rahmen des 2. Triangle Forums, welches das Centrum für angewandte Politikforschung und die Aventis Foundation im Sommer 2000 im Watermill Center des renommierten amerikanischen Regisseurs Robert Wilson mit rund fünfzig Teilnehmern aus Amerika, Asien und Europa durchgeführt haben. Sie enthält ein Impulspapier, das die Diskussionen auf dem Forum strukturierte, und einen ausführlichen Bericht zum Forum. Unter [www.aventis-forum.uni-muenchen.de](http://www.aventis-forum.uni-muenchen.de) kann sie heruntergeladen werden.



FORSCHUNGSGUPPE ZUKUNFTSFRAGEN  
/ AVENTIS FOUNDATION (HRSG):  
**Sustaining a Globalized World:  
Future Paths to Developing a  
Sustainable Society**  
München 2001, ISBN 3-933456-14-2, 50 Seiten, im Internet

26. – 28. April 2001

Schulung für künftige Referenten des „Juniorteam Europa“ für europabezogene Jugendarbeit in Wildeshausen bei Bremen (Forschungsgruppe Jugend und Europa mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Anmeldung im C·A·P erforderlich)

3./4. Mai 2001

Roundtable „Evaluating EU-China relations and the consequences for the China policy of the United States“ am C·A·P

10. Mai 2001

Jung und Mobil in Europa. Informationsveranstaltung im Arbeitsamt München („Jugend und Europa“ mit Trägern der Stadt München)

10./11. Mai 2001

Jugendgipfel für Europa in Saarbrücken („Jugend und Europa“ mit der Regierung des Saarlandes und des Saarländischen Landtags)

31. Mai – 2. Juni 2001

Konferenz „Regional Security in the Wake of the Collapse of the Soviet Union: Europe and the Middle East“ in Tel Aviv/Caesara (C·A·P mit der Bertelsmann Stiftung und der Universität Tel Aviv)

## Die dreifache Hypothek von Nizza

Von Dr. Claus Giering

Nizza hat Europa aufgeschreckt. Die Staats- und Regierungschefs der jetzigen wie der künftigen EU-Mitgliedstaaten zeigten sich zwar zufrieden, dass formal die „Erweiterungsfähigkeit“ der Europäischen Union erreicht werden konnte. Doch die Verhandlungsergebnisse haben die Zukunft der Integration dreifach belastet.

So wird erstens die Art und Weise, wie die Mitgliedstaaten um die Wahrung ihrer Interessen gekämpft, welche Argumente sie genutzt und welche Gräben sich zwischen einzelnen Staaten aufgetan haben, die Wahrnehmung der Auswirkungen von Nizza auf den Integrationsprozess nachhaltig prägen. Vor allem die deutsch-französische Achse hat nicht recht funktioniert. Zu sehr haben sich beide Staaten darauf verlassen, dass das gemeinsame Fundament stark genug wäre, um rechtzeitig Kompromissformeln zu generieren, die nicht nur nationale, sondern auch gesamteuropäische Interessen befriedigen können. Zu spät wurde realisiert, dass gemeinsame Positionen einer präzisen Abstimmung und nicht gebetsmühlenartiger Freundschaftsrhetorik bedürfen. Andere Staaten sind nicht in die Bresche gesprungen, sondern (fast) alle haben konsequent ihre eigenen Interessen verfolgt. So gab es in Nizza weder eine deutsch-französische Initiative, noch eine andere Koalition, die weiterführende Reformen forciert hätte.

Die Konsequenz daraus war zweitens, dass die Europäische Union neben den zwischenstaatlichen Spannungen mit einer schweren strukturellen Hypothek belegt wurde. Dies betrifft vor allem die Einführung der dreifachen Mehrheit von Stimmen, Staaten und Staatsbürgern im Rat, die noch dazu mit einer Anhebung der Entscheidungsschwelle auf 74 Prozent der Stimmen gekoppelt wurde. Eine Mehrheit, die weit über den üblicherweise verfassungsändernden Bestimmungen der Nationalstaaten liegt, wird also künftig in einer erweiterten EU für die alltägliche Gesetzgebung nötig sein. Hinzu kommt, dass substanzielle Politikbereiche wie die Steuer-, Sozial- oder Strukturpolitik in der Einstimmigkeit verblieben sind. Diese Beschlüsse schwächen die Handlungsfähigkeit der Union.

Die dritte große Belastung für den Integrationsprozess ist, dass wie schon in Maastricht und Amsterdam der Vertrag von Nizza ausgesprochen bürgerfern ausgehandelt wurde. Zwar konnten interessierte Bürger den Verlauf der zehn Monate andauernden Regierungskonferenz jederzeit in den Medien und im Internet verfolgen. Damit war aber letztlich niemandem geholfen, da alle relevanten Entscheidungen erst in Nizza selbst im Kreis der fünfzehn Staats- und Regierungschefs gefallen sind. Durch Last-Minute-Beschlüsse ist die Akzeptanz der Integration aber nicht zu verbessern.

Die Mitgliedstaaten müssen entsprechende Konsequenzen ziehen, wenn sie die ambitionierte Agenda der in Nizza angestossenen Zukunftsdebatte erfolgreich und bürgerfreundlich gestalten wollen. Weder die vertragsrechtliche Stellung der Grundrechtecharta, noch die Vereinfachung der Verträge oder gar die künftige Aufgabenteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten dürfen in einer "Nacht der langen Messer" entschieden werden. Alternativen müssen frühzeitig entwickelt, vorgestellt und öffentlich diskutiert werden. Ein Konvent mit starker parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung sollte dann konkrete Vertragsänderungen in einem Europäischen Grundvertrag zusammenfassen, der von den Staats- und Regierungschefs – wenn überhaupt – nur noch im Detail geändert werden sollte. Nur so kann den Bürgern die Chance gegeben werden, tatsächlich am Ausbau einer immer engeren Union der Völker Europas Anteil zu nehmen.

*Der Autor betreut am C·A·P das Projekt „Systemwandel in Europa“*

## C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom  
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)  
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld  
Maria-Theresia-Straße 21  
81675 München  
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329  
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de  
www.cap.uni-muenchen.de  
V.i.S.d.P.: Jürgen Turek  
Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell  
Schlussredaktion: Olaf Hillenbrand, Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell  
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4, 81671 München